

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V.
Positionspapier

Auslandskooperationen deutscher Krankenhäuser

beschlossen am 16.06.2013 auf der bvmmd-Medizinstudierendenversammlung in Freiburg

Zusammenfassung:

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (bvmmd) sieht die Kooperationen zwischen medizinischen Fakultäten im Ausland und deutschen Krankenhäusern sehr kritisch. Die so vermehrt durchgesetzten Studienkonzepte führen durch hohe Studiengebühren auf Dauer zu sozialer Selektion und wirken sich auch auf die Ausbildung der Medizinstudierenden deutscher staatlicher Fakultäten negativ aus. Die bvmmd fordert die politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen auf, etwaig in Deutschland zur Versorgung fehlende Medizinstudienplätze an staatlichen Fakultäten zu schaffen unter der Prämisse, dass entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden. In jedem Fall müssen auch die Ursachen für den relativen Ärztemangel identifiziert und beseitigt werden, um langfristig die klinische Versorgung Deutschlands sicherzustellen

Einleitung:

Im Rahmen der Diskussionen um Versorgungssicherstellung wird immer wieder von einem Ärztemangel in der klinischen Medizin in Deutschland gesprochen, der fachgruppenspezifisch und regional unterschiedlich ausgeprägt ist, wobei es auch nicht unterversorgte Gebiete gibt. Dabei gibt es vielfältige Gründe für einen solchen Mangel. Lösungen werden u.a. in einer Erhöhung der festgelegten Studienplatzzahl gesehen. In jüngster Zeit hat dies zu einigen Kooperationen zwischen deutschen Krankenhäusern und medizinischen Fakultäten im Ausland geführt.

Dabei sind die Studierenden formal an einer ausländischen Universität eingeschrieben und bezahlen dort hohe Studiengebühren, absolvieren aber einen Großteil ihrer Ausbildung - insbesondere praktische Anteile wie das Praktische Jahr (PJ) - in Deutschland. Die deutschen Kliniken profitieren von diesen Kooperationen finanziell, während gleichzeitig weniger Plätze für die praktische Ausbildung für die Studierenden deutscher Fakultäten bleiben.

Haupttext:

Die bvmmd sieht solche Kooperationen ausländischer Universitäten mit deutschen Krankenhäusern sehr kritisch. Der scheinbar positive Aspekt, dass hierdurch zusätzliche Studienplätze generiert werden, kann die daraus erwachsenden negativen Konsequenzen nicht aufwiegen.

An allen ausländischen Fakultäten, die bisher mit einem deutschen Krankenhaus eine Kooperation eingegangen sind, sind Studiengebühren im Bereich von mehreren Tausend Euro pro Semester zu bezahlen¹. Die bvmmd lehnt diese wie

¹Hamburg (Semmelweiß Universität, Ungarn):

Bewerbungs- und Immatrikulationsgebühr jeweils 200€, pro Semester 1 - 4 6.700€, Semester 5-12: 5.900€, ab Wintersemester 2013/2014 fallen in Hamburg

bvmmd-Geschäftsstelle

Robert-Koch-Platz 7
 10115 Berlin

Phone +49 (30)9560020-3

Fax +49 (30)9560020-6

Home bvmmd.de

Email buero@bvmmd.de

Für die Presse:

Michael Geßner

Email pr@bvmmd.de

Vorstand

Jonathan Schütze	(Homburg)
Bastian Barann	(Rostock)
Amir M. Mohsenpour	(Heidelberg)
Martin Lohrengel	(Magdeburg)
Samuel Situmorang	(Bochum)
Michael Geßner	(Kiel)

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ist ein eingetragener Verein. (Vertragsregister Aachen VR 4336) Sitz und Gerichtsstand ist Aachen.

Europäische Integration
 Famulantenaustausch

Forschungsaustausch
 Gesundheitspolitik
 Medizin und Menschenrechte

Medizinische Ausbildung
 Palliativmedizin
 Public Health

Sexualität und Prävention
 Training

auch jede andere Form sozialer Selektion² beim Zugang zum Medizinstudium entschieden ab. Die Möglichkeit³, durch eine Verpflichtung zu Beginn des Studiums die Facharztausbildung in definierten Krankenhäusern anzutreten und deswegen die Studiengebühren erlassen zu bekommen, betrachtet die bvmd als starken Einschnitt in die Selbstbestimmung der Studierenden und spricht sich gegen eine solche Einschränkung aus.

Es liegt im unmittelbaren Interesse der Gesellschaft und Öffentlichkeit, Ärzte in hinreichender Qualität und Quantität auszubilden – die Kontrolle über diese wichtige Ausbildung liegt in Deutschland bei den Ländern. Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland sieht die Qualität der Ausbildung von in Deutschland immatrikulierten Studierenden durch beschränkende Kooperationen gefährdet⁴. Solche verschiedenen Kooperationen mit unterschiedlichen Anforderungen an das Studium laufen den Bestrebungen, ein vergleichbares Studium in Deutschland anzubieten, zuwider.

In letzter Konsequenz muss auch an dieser politischen Stelle entschieden werden, wie viele Medizinstudienplätze in Deutschland nötig sind, um auf Dauer eine medizinische Versorgung in allen Bereichen zu gewährleisten. Die bvmd fordert die politisch Verantwortlichen auf, zu prüfen, ob angesichts der aktuellen Lage und langfristigen Aussichten neue staatliche Studienplätze geschaffen werden müssen⁵.

Die Ursachen der strukturellen Unterversorgung sieht die bvmd vor allem in der abnehmenden Attraktivität des klinischen Arztberufes in Deutschland. Die „Verlagerung“ von Medizinstudienplätzen ins Ausland hält die bvmd für eine vorschnelle Reaktion, die dem Kern des Problems der Unterversorgung nicht entgegenwirkt. Vor diesem Hintergrund wird auch die Initiative der KV Sachsen durch die bvmd negativ bewertet und verurteilt⁶.

7.500 € pro Semester an (Stand 04/2013)
Kassel (Universität Southampton, England): 12.000€ pro Studienjahr (Stand 03/2013)
Evangelisches Klinikum Bielefeld (Universität Pecs, Ungarn): Bewerbungs- und Immatrikulationsgebühr jeweils 200€, pro Semester 6.600€ (stand 03/2013)
Klinikum Nürnberg (PMU Salzburg): 13.500€ pro Studienjahr (Stand 04/2013)

²Soziale Selektion beruht nicht nur auf monetären Verhältnissen, sondern unter anderem auch auf soziokulturellem und Bildungshintergrund.

³<http://www.klinikum-kassel.de/index.php?parent=6956#punkt16>

⁴http://bvmd.de/fileadmin/intern_alle/Positionspapiere/2010/2010-10-31_Positionspapier_Modellstudiengaenge.pdf

⁵http://bvmd.de/fileadmin/intern_alle/Positionspapiere/2011/2011-06-19_Positionspapier_Studienplatzerhoehung.pdf

Zusätzlich führt eine Verkürzung des Medizinstudiums auf 5 Jahre, wie durch die geplante Änderung der EU-Direktive (Directive 2005/36/EC) ermöglicht, und wie derzeit von einer Kooperation angedacht, nicht zu einer Lösung der Versorgungslücke⁷.

Denn eine Verkürzung des Studiums würde genau eine zusätzliche Generation an Absolventinnen und Absolventen generieren, ansonsten aber genau so viele Studierende ausbilden wie bisher. Lediglich die Dauer des Studiums änderte sich. Vor dem Hintergrund eines immer komplexer werdenden Studiums sollten Änderungen am Curriculum und etwaige Kürzungen gut überlegt und mit allen wichtigen Institutionen gemeinsam erarbeitet werden. Die bvmd bietet hierfür ihre Mitarbeit an.

Zudem sieht die bvmd die Gefahr, dass zwischen privaten und staatlichen Fakultäten eine Konkurrenz um Lehrkrankenhäuser erwächst, wodurch weniger Kapazitäten für Studierende staatlicher Fakultäten zur Verfügung stünden. Die neue Approbationsordnung verfolgt unter anderem das Ziel, Studierenden eine möglichst breite Ausbildung in allen versorgungsrelevanten Fachbereichen und allen Regionen durch die PJ-Mobilität zu ermöglichen.

Es ist nicht zielführend, wenn einzelne akademische Lehrkrankenhäuser sich dieser Ausbildungsverantwortung entziehen und ihre Lehrkapazitäten vor allem Studierenden ausländischer Fakultäten zur Verfügung stellen.

Wenn sich Kliniken durch monetäre Anreize für eine Kooperation mit ausländischen Fakultäten entscheiden, wird dies langfristig dazu führen, dass Lehrkrankenhäuser nicht mehr für alle, sondern nur für bestimmte Studierende zu Verfügung stehen. Eine solche Zersplitterung lehnt die bvmd ab.

Fazit

Die bvmd lehnt die derzeit entstehenden Kooperationen inländischer Krankenhäuser mit ausländischen Fakultäten aufgrund der daraus erwachsenden negativen Konsequenzen strikt ab.

Die bvmd fordert, dass Bund und Länder die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen und prüfen, ob in Deutschland dauerhaft mehr Medizinstudienplätze entstehen müssen. Sie fordert die Entscheidungsträger dazu auf, mit geeigneten Mitteln dafür Sorge zu tragen, dass Absolventen sich für die klinische Medizin im Inland entscheiden, um Deutschland als Standort für Ärzte wieder begehrenswert zu gestalten.

⁶http://bvmd.de/fileadmin/Presse/Pressemitteilungen/2013-5-13_PM_Modellprojekt_der_KV_Sachsen_zur_Hochschulzulassung_von_Medizinstudierenden.pdf

⁷http://bvmd.de/fileadmin/intern_alle/Positionspapiere/2012/2012-10-28_Positionspapier_EU-Richtlinie.pdf